

Bern

Analyse Um die Zersiedelung stoppen zu können, braucht es noch viel Überzeugungsarbeit. *Adrian Schmid*

Verdichten ja, aber bitte nicht bei mir

Die Raumplanung hat in den letzten Jahren enorm an Bedeutung gewonnen und sich zu einer der wichtigsten Herausforderungen der Gegenwart entwickelt. Der Trend geht klar in Richtung Siedlungsentwicklung nach innen. Städte und Dörfer sollen nicht mehr an ihren Rändern wachsen. Vielmehr geht es darum, die bestehenden Siedlungsflächen besser zu nutzen. Bevor neues Bauland erschlossen oder sogar eingezont wird, sollen schlecht genutzte Bauzonen, Baulücken und Brachen überbaut oder verdichtet werden. Die Strategie zielt darauf ab, die Zersiedelung zu bremsen sowie das Kulturland und die Landschaft zu schonen.

Politik nimmt Signale auf

Der Kanton Bern will künftig auch auf diese Karte setzen. Mit der Überarbeitung von Richtplan und Baugesetz, die derzeit im Gang ist, sollen die Grundlagen geschaffen werden. Der Bund hat ähnliche Pläne. Im zweiten Teil der Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG), die sich in der Vernehmlassung befindet, will er den Kulturlandschutz ausbauen. Dieser Kurswechsel ist auf die Signale zurückzuführen, welche die Bevölkerung in den letzten Jahren ausgesandt hat. Auf nationaler Ebene wurde der ersten RPG-Revision und der Zweitwohnungsinitiative zugestimmt. Im Kanton Bern werden die Stimmberechtigten 2015 oder 2016

über eine Kulturlandinitiative abstimmen. Ausserdem wurden Ortsplanungsrevisionen abgelehnt - insbesondere in der Region Bern. Die Gemeinde Köniz hat sich 2008 sogar ein Bauzonenmoratorium auferlegt.

4 Millionen für einen Sündenfall

Im Handeln ist vom Umdenken, das in den Köpfen zweifelsfrei stattgefunden hat, allerdings nicht viel zu spüren. Die Bevölkerung ist noch nicht bereit, die volle Konsequenz ihrer Entscheide zu tragen. Alles spricht zwar von verdichtetem Bauen - «aber bitte nicht bei mir». Der Traum vom Einfamilienhaus im Grünen ist nach wie vor weitverbreitet. Als die Gemeinde Worb im letzten Jahr an einem Mitwirkungsanlass zur Ortsplanungsrevision die Anwesenden fragte, wie sie dereinst wohnen möchten, sprach sich eine klare Mehrheit für das Einfamilienhaus aus. Doch dieses hat keine Zukunft, wenn die Siedlungsentwicklung nach innen umgesetzt werden soll. Auch in den letzten Tagen gab es Entscheide an Gemeindeversammlungen, die aufhorchen lassen. In Lützel im Emmental sollte eine bestehende Überbauungsordnung dahingehend geändert werden, dass nicht Einfamilienhäuser gebaut werden, sondern zwei Mehrfamilienhäuser. Aus Sorge um das Ortsbild und über die soziale Durchmischung lehnten die Stimmberechtigten das Geschäft ab. In

der Seeländer Gemeinde Bellmund setzte das Volk durch, dass bei einer geplanten Überbauung nur zwei Stockwerke plus Attika realisiert werden dürfen. Der Gemeinderat hatte drei Vollgeschosse vorgesehen. An der Gemeindeversammlung hiess es, Gebäude mit solchen Höhen seien nicht mit dem ländlichen Charakter des Dorfes vereinbar. Selbst die Politiker haben den Schalter noch nicht umgelegt. Der Grosse Rat bewilligte in der Novembersession knapp 4 Millionen Franken für den Neubau der International School of Berne in Gümligen, obwohl es sich um einen raumplanerischen Sündenfall handelt. Das Projekt sieht eingeschossige Bauten vor und verschlingt rund 50 000 Quadratmeter bestes Kulturland.

Nichts geht ohne die Eigentümer

Diese Beispiele zeigen, dass noch viel Überzeugungsarbeit geleistet werden

Der Traum vom Einfamilienhaus im Grünen ist nach wie vor weitverbreitet.

muss. Verdichtetes Bauen kann nicht einfach von oben herab verordnet werden. Eine Schlüsselrolle kommt den Eigentümern zu. Die Siedlungsentwicklung nach innen wird letztendlich nur gelingen, wenn sie bereit sind, ihr Land zur Verfügung zu stellen, ihre Häuser aufzustocken oder ältere Gebäude durch dichtere Neubauten zu ersetzen. Das wird die Liegenschaftsbesitzer aber einiges an Geld kosten. Zudem müssen sie mit Nachbarschaftsstreitigkeiten rechnen, etwa weil höhere Gebäude einen grösseren Schattenwurf zur Folge haben. Wenn aus alten Wohnungen neue werden, besteht überdies die Gefahr, dass die Mieten ansteigen. Unterschätzen darf man auch den Denkmalschutz nicht, der heute Verdichtungsprojekte zum Vornherein ausschliessen kann. Als kürzlich in Bern die Idee für ein Hochhaus beim Burgernziel aufkam, winkte der Stadtplaner sofort ab. Er verwies darauf, dass ein solches Vorhaben nicht in das wertvolle Gründerzeitquartier passe. Wer in engen Platzverhältnissen wohnt, wird ferner ein grösseres Bedürfnis nach Freiräumen haben. Der Ruf nach Grünflächen innerhalb der Städte und Agglomerationen dürfte künftig noch lauter werden, was aber wiederum das Verdichtungspotenzial reduziert. Kurzum: Der Weg, der mit der Siedlungsentwicklung nach innen eingeschlagen wurde, ist steinig und lang.

Ask-Force

«YB dank einem Last-Minute-Tor»?



Grübeleien bringen selten viel und oft nur wenig. Der Grübler oder die Grüblerin ist sich dessen möglicherweise sogar

bewusst, trotzdem kann er oder sie es einfach nicht lassen und grübelt weiter. Die Grübeleien kann meist nur durch einen Eingriff von aussen beendet werden, zum Beispiel durch eine Antwort der Ask-Force. Nach diesen grundsätzlichen Überlegungen nun zum konkreten Fall.

Vor einem Monat brachte die «Bund»-Schlagzeile «YB dank einem Last-Minute-Tor» Herrn Sch. aus R. ins Grübeln. Er vermutete «anfänglich», dass der Schluss der Schlagzeile in einen anderen Titel gerutscht sei. «YB dank einem Last-Minute-Tor bei Atomgesprächen», so lautet ein Vorschlag von Herrn Sch. Tatsächlich kann man den BSC YB als Anreicherungsanlage ansehen, denn Spieler, deren Talent über das landesübliche Niveau hinausgeht, werden ins Ausland veräussert, wo sie (manchmal) wie eine Bombe einschlagen. Zudem funktioniert der Verein schon seit Jahrzehnten zentrifugal, indem durch die Eigenrotation Metallgegenstände (wie zum Beispiel Pokale) in alle Himmelsrichtungen weggeschleudert werden - meist lange vor Torschluss.

Wir zögern mit dem Befund, die Schlagzeile entspreche nicht der Wahrheit. Es ist möglich, dass sich Gründung oder Fortbestand des Vereins einem Last-Minute-Tor verdankt, sei es einem eigenen oder einem durch einen anderen Klub erzielten. Letzteres wäre dann denkbar, wenn YB einmal für einen Nichtabstieg oder für einen Aufstieg Schützenhilfe benötigt hätte und diese durch ein Last-Minute-Tor Tatsache geworden wäre. Abertausende von Spielen aus 116 Jahren müssten analysiert werden - das vermag selbst die Ask-Force nicht zu leisten. Wir korrigieren uns: Die Ask-Force vermöchte das mit ihrer unbegrenzten Recherchierfähigkeit zwar zu leisten, sie will es aber nicht tun.

Interessant ist der Grundsatz von Saxo Grammaticus «Satzzeichen schaffen Klarheit», der in abgewandelter Form auch im Strassenverkehr angewandt wird. Warum nicht ein Befehlssatz? «YB: Dank Last-Minute-Tor!» Wobei sich hier die Frage stellt, wie man einem Tor dankt, es hat ja keine Hand, die man schütteln kann. Andererseits heisst es vom Stürmer Guillaume «Tell» Hoarau, der übrigens das fragliche Last-Minute-Tor gegen den FC Thun erzielte, dass alles was er tue, Hand und Fuss habe - so gesehen müsste dieser Treffer zumindest eine Hand haben. Eine Dankesbezeugung wäre also nicht ausgeschlossen.

Die Ask-Force ist (fast) für alle Zuschriften dankbar: askforce@derbund.ch

Neue Besetzung auf dem Wifag-Areal

Am Samstag wurde ein Gebäude auf dem Wifag-Areal besetzt. In der Nacht auf Sonntag feierten darin rund 500 Leute eine Party. Der Aufruf dazu erfolgte über Facebook. Als Grund für die Besetzung nannten die Veranstalter, dass leere Räume wegen der «Erfindung Eigentum» nicht genutzt werden dürften.

Anwohner kontaktierten die Polizei. «Im Laufe der Nacht gingen aus der Nachbarschaft mehrere Meldungen wegen Ruhestörung, Lärm und unanständigen Benehmens ein», sagte gestern auf Anfrage Simona Benovici, Mediensprecherin der Kantonspolizei Bern. Laut Benovici habe der Liegenschaftsbesitzer die Party toleriert. Die Polizei versuchte, über ihn Einfluss zu nehmen. Im April 2013 war das Gebäude schon einmal besetzt worden. (mer/mra)

Der Gemeinderat ersetzt die Stadtpläne durch Werbeplakate

3,4 Millionen Franken nimmt die Stadt durch die Vermietung von Plakatflächen jährlich ein. Nun sollen auch noch die Stadtpläne der Werbung weichen.

Janina Gehrig

Zwischen 238 und 1370 Franken kostet ein Plakat beim Bärenpark, am Bahnhofplatz oder beim Casino City Parking pro Woche: An diesen und weiteren Standorten in der Stadt Bern garantiert die Allgemeine Plakatgesellschaft APG AG nämlich «höchste Kontaktchancen» für Werbetreibenden. Ab sofort könnten 27 neue Plakatflächen «an bester Lage gebucht werden», heisst es in einer kürzlich verschickten Medienmitteilung. Was erst bei genauerem Nachhaken klar wird: Es werden keine neuen Plakatstellen gebaut. Vielmehr müssen die Stadtpläne hinter den Scheiben den Werbetreibenden weichen.

Dies bestätigt Stadtgenieur Hans-Peter Wyss. «In diesen Tagen werden die Citypläne aus den Plakatträgern entfernt, ab 5. Januar 2015 wird die APG diese mit kommerziellen Plakaten bestücken», sagt er. Der Entscheid dafür hatte der Gemeinderat bereits Anfang dieses Jahres gefällt. Denn mit Stadtplänen liess sich kein Geld verdienen, wohl aber mit den Plakatstellen. 120 000 Franken verspricht sich die Stadt an jährlichen Mehreinnahmen.

«Ohne Stadtpläne nicht erlaubt»

Keine Freude an der «kommerziellen Möblierung des öffentlichen Raums» hat der Berner Stadtrat Luzius Theiler (GPB-DA). «Die Werbetreibenden in der Stadt sind sehr dominierend. Gegen diese Überhandnahme wehre ich mich», sagt er. Dass nun auch noch die Stadtpläne zugunsten von Werbeplakaten verschwinden sollen, hält er für «nicht vertretbar». «Wenn ich in einer fremden Stadt bin, bin ich auch froh um fix montierte Stadtpläne. Es laufen noch lange nicht alle Leute mit einem Plan im Handy herum», sagt er. Zudem habe man seinerzeit Plakate auf der Rückseite der Stadtpläne in Kauf genommen mit dem Argument, es gehe schliesslich um eine Dienstleistung an Touristen. Seiner Meinung nach sind für die «Zweckänderung der Leuchtreklame-Ständer» deshalb zwingend neue Baugesuche erforderlich. In der Innenstadt seien solche Ständer ohne Stadtpläne nämlich nicht erlaubt und müssten entfernt werden. Theiler kündigt einen Vorstoss dazu an.

Stadtrat und SP-Co-Präsident Stefan Jordi hält zwar fest, in der «angespannten Finanzsituation» könne die Stadt kaum auf Einnahmen verzichten, dennoch sei es «seltsam», dass die Dienstleistung für Touristen und Ortsunkundige abgebaut werden solle. Es müsse daher sichergestellt sein, dass die gesetzlichen Grundlagen bezüglich Konzessionsvergabe eingehalten würden.

Und selbst FDP-Fraktionspräsident Bernhard Eicher hält es für «ungeschiedt», ausgerechnet Stadtpläne zu entfernen, um Mehreinnahmen zu generieren. Schliesslich seien die Orientierungshilfen für Touristen schon jetzt spärlich gesät. Gegen die Plakatierung an sich hat Eicher aber nichts einzuwenden. «Ich entscheide selbst, ob ich mich durch Werbung im öffentlichen Raum beeinflussen lassen möchte oder nicht.»

Lieber in Papierformat

Gelassen nimmt die Nachricht Michael Keller, Vizedirektor von Bern Tourismus. Dass die Stadtpläne aus den Gassen verschwinden, finde er «schade». «Die Pläne waren eine Orientierungshilfe für viele Leute.» Allerdings seien Stadtpläne in Papierformat, die in den Hosensack passen, wohl praktischer für Touristen als die Suche nach Plakatstellen mit Stadtplänen. «Zudem entsprechen diese wohl auch nicht mehr dem heutigen Zeitgeist, da viele einen Ortungsdienst auf dem Handy installiert haben», sagt Keller. Die zuständige Gemeinderätin Ursula Wyss (SP) hält die Massnahme «im Rahmen von Sparmassnahmen» für vertretbar und zieht einen Vergleich zu den Telefonkabinen, die ebenfalls aus dem Stadtbild verschwinden. «Im Zeitalter von Handys ist das Bedürfnis nach Stadtplänen auf Plakatwänden nur noch klein», sagt auch sie. Sie fühle sich nicht gestört durch Werbungen, wenn Sie durch die Stadt gehe. «Im Vergleich zu anderen Städten wird in Bern zurückhaltend plakatiert.»

2004 hatten sich die Stadtberner nach jahrelangem Hin und Her ein neues Reklamereglement verpasst, um die Altstadt, Wohnzonen und etwa Grünflächen vor übermässiger Plakatierung zu schützen.

Derzeit halten zwei Firmen die Konzessionen für die kommerzielle Plakatierung in der Stadt Bern. Die APG verwaltet 730 Werbeflächen; bei Haltestellen des öffentlichen Verkehrs bewirtschaftet die Clear Channel Schweiz AG weitere 210 Flächen. Dadurch nahm die Stadt bisher jährlich 3,4 Millionen Franken ein. Für Kleinplakate für kulturelle Veranstaltungen stellt die Stadt zudem kostenlos an rund 110 Standorten, etwa auf Säulen und Verteilkästen, Platz zur Verfügung.



812 Franken pro Woche kostet ein Plakat an der Spitalgasse. Foto: Valérie Chételat